

NOMOSLEHRBUCH

Bieber | Epiney | Haag | Kotzur

Die Europäische Union

Europarecht und Politik

15. Auflage



Nomos



Helbing
Lichtenhahn

NOMOSLEHRBUCH

Prof. (em.) Dr. Roland Bieber | Prof. Dr. Astrid Epiney
Marcel Haag | Prof. Dr. Markus Kotzur

Die Europäische Union

Europarecht und Politik

15. Auflage

Prof. (em.) Dr. Roland Bieber, Universität Lausanne | **Prof. Dr. Astrid Epiney**,
Universität Fribourg | **Marcel Haag**, Europäische Kommission, Brüssel | **Prof.**
Dr. Markus Kotzur, Universität Hamburg



Nomos



**Helbing
Lichtenhahn**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-7428-9 (Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, Baden-Baden, Print)

ISBN 978-3-7489-1430-3 (Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, Baden-Baden, ePDF)

ISBN 978-3-7190-4660-6 (Helbing Lichtenhahn Verlag, Basel)

15. Auflage 2023

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2023. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten.

Vorwort zur fünfzehnten Auflage

Die Europäische Union bildet eine freiwillig geschaffene noch immer einzigartige gemeinsame Rechtsordnung europäischer Völker. Die im Jahre 2022 sichtbaren Krisen und weltpolitischen Veränderungen belegen die Bedeutung gemeinsamen Handelns, um Frieden, Wohlstand, Sicherheit und die Grundlagen zukünftigen Lebens zu sichern. Gemeinsames Regieren, das gemeinsamen Werten verpflichtet ist, steht in bewusster Alternative zum Egoismus des isoliert handelnden Nationalstaats. Die trotz der nötigen Kompromisse auf Dauer größere Leistungsfähigkeit des gemeinsamen Handelns und sein Potential für zwischenstaatliche Konfliktminderung gilt jedoch trotz zahlreicher Wünsche zur Aufnahme in die Union nicht als selbstverständlich. Das im Jahre 2020 wirksam gewordene Ausscheiden Grossbritanniens aus der Union illustriert auf dramatische Weise die Zweifel an dem Nutzen der seit über sechzig Jahren bestehenden gemeinsamen Rechtsordnung und die weiter reichenden Tendenzen, sich den gemeinsam eingegangenen Pflichten zu entziehen. Erstmals wurde 2017 gegen einen Mitgliedstaat ein Verfahren zur Feststellung der „eindeutigen Gefahr“ einer schwer wiegenden Verletzung der gemeinsamen Werte eingeleitet. In die Reihe der Infragestellungen des gemeinsamen Rechts gehört auch das Urteil des deutschen Bundesverfassungsgerichts vom 5.5.2020 mit seiner Behauptung, eine Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs sei „objektiv willkürlich“ und daher für Deutschland nicht bindend. Ganz anders gelagerte Herausforderungen für die Einhaltung und für die Leistungsfähigkeit der gemeinsamen Rechtsordnung bildet seit 2020 die COVID-19 Pandemie und die Bedrohung der in Europa bestehenden Ordnung durch den Angriff Russlands auf die Ukraine.

Die fünfzehnte Auflage des bewährten Lehrbuchs spiegelt die jüngsten Entwicklungen im Inneren wie im Äußeren der Union. Sie wurde umfassend überarbeitet, um die bis zum Sommer 2022 ergangene neueste Gesetzgebung und Rechtsprechung und die veränderten Existenzbedingungen der Union zu berücksichtigen.

In vierzig Kapiteln wird die politische und rechtliche Eigenart der Union in einer Gesamtschau auf Verträge, institutionelle Praxis sowie deren Wirkung in den Mitgliedstaaten und im internationalen Bereich erschlossen. Die wesentlichen Strukturen und Aktionsfelder der Europäischen Union werden präzise und auf dem neuesten Stand dargestellt und kritisch analysiert (u.a. Binnenmarkt, Wirtschafts- und Währungspolitik, Asyl- und Einwanderungsrecht, Umwelt, Außenbeziehungen). Gleichermaßen Berücksichtigung erfahren dabei die vertraglichen Quellen in der Fassung des Vertrags von Lissabon, die späteren Ergänzungsverträge (Fiskalpakt, Europäischer Stabilitätsmechanismus) sowie die umfassende Ausführungsgesetzgebung und die Rechtsprechung.

Der Integrationsprozess steht vor der Notwendigkeit, neue Formen zu finden und Krisen zu bewältigen, die an seinem Beginn nicht vorhergesehen wurden. Dies gilt insbesondere für die aus der Pandemie erwachsenen Bedrohungen der Lebensbedingungen, aber auch nach wie vor für eine Reihe weiterer Herausforderungen (wie die Migration nach Europa, den Klimawandel oder militärische Konflikte in unmittelbarer Nachbarschaft). Hinzu kommen die Anfälligkeit des internationalen Währungssystems und der öffentlichen Finanzen im Inneren der Union. Die Notwendigkeit gemeinsamen solidarischen Handelns ist nicht geringer geworden. Doch zeigten sich Schwächen der geltenden vertraglichen Regeln. Auch begünstigen Mängel der Kommunikation

Vorwort zur fünfzehnten Auflage

zwischen den Bürgern und den gemeinsamen Organen der Union und eine geringe Bereitschaft der staatlichen Regierungen, Verantwortung für ihr Handeln im Rat der Union zu übernehmen, die Entfremdung der Bürger von der Union. In diesem Umfeld wird es großer Anstrengungen aller politisch Verantwortlichen bedürfen, um den Wert der gemeinsamen Rechtsordnung zu bewahren und zu entwickeln.

Unser Buch soll zur Verbreitung zuverlässiger Informationen über das gemeinsame Regieren in der Union beitragen und gleichzeitig eine Vertiefung offener Rechtsfragen ermöglichen. Zu diesem Zweck legen wir Wert auf die Angabe genauer Quellen, die nach Möglichkeit amtliche Fundstellen nachweisen.

Das Buch bildet eine Gemeinschaftsarbeit. Die Kooperation mehrerer Autoren gewährleistet, dass der immer komplexer werdende Stoff gleichmäßig durchdrungen und dargestellt wird. Auch können vielfältige Erfahrungen aus Wissenschaft und Praxis genutzt werden.

Im Einzelnen verfassten die Autoren folgende Paragraphen:

Roland Bieber: 7, 19, 26, 27.

Astrid Epiney: 2 A und C, 8, 9, 10, 11, 12, 20, 25, 30, 34, 35.

Marcel Haag: 2 B, 4, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 21, 22, 23, 24, 33, 36, 37.

Markus Kotzur: 1, 3, 5, 6, 28, 29, 31, 32, 38, 39, 40.

(Die Beiträge von Marcel Haag sind nur ihm persönlich zuzurechnen. Sie bringen in keiner Weise die Meinung der Europäischen Kommission zum Ausdruck.)

August 2022

Roland Bieber
Bonn/Lausanne

Astrid Epiney
Fribourg

Marcel Haag
Brüssel

Markus Kotzur
Hamburg

Inhaltsübersicht

Vorwort zur fünfzehnten Auflage	5
Inhaltsverzeichnis	9
Abkürzungsverzeichnis	29
Teil A Grundlagen	37
§ 1 Entwicklung und Theorie der Europäischen Integration	37
§ 2 Die Grundlagen der Union: Bürger und Staaten	57
§ 3 Strukturprinzipien der EU-Verfassung	107
§ 4 Institutionelles System	139
§ 5 Finanzverfassung	192
§ 6 Rechtsquellen	209
§ 7 Rechtsetzungsverfahren	236
§ 8 Rechtsanwendung und Europäisches Verwaltungsrecht	257
§ 9 Rechtsschutzsystem	274
Teil B Grundfreiheiten	333
§ 10 Allgemeine Prinzipien des Binnenmarkts und Diskriminierungsverbot aus Gründen der Staatsangehörigkeit	333
§ 11 Freier Warenverkehr	352
§ 12 Arbeitnehmerfreizügigkeit	385
§ 13 Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit	411
§ 14 Freiheit des Kapital- und Zahlungsverkehrs	423
Teil C Politikbereiche	432
§ 15 Wettbewerbspolitik	432
§ 16 Staatliche Beihilfen	460
§ 17 Angleichung der Rechtsordnungen	475
§ 18 Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen	489
§ 19 Strafrecht, polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen	494
§ 20 Visa-, Asyl- und Einwanderungspolitik	504
§ 21 Gesellschafts- und Unternehmensrecht	523
§ 22 Steuerrecht	530
§ 23 Urheberrecht und Gewerblicher Rechtsschutz	541
§ 24 Wirtschafts- und Währungsunion	547
§ 25 Sozialpolitik und Arbeitsrecht	562
§ 26 Landwirtschafts- und Fischereipolitik	589
§ 27 Verkehrspolitik und Transeuropäische Netze	600
§ 28 Energiepolitik	613
§ 29 Industrie	623
§ 30 Struktur- und Kohäsionspolitik	628

Inhaltsübersicht

§ 31	Forschung, Technologie und Raumfahrt	635
§ 32	Bildung, Kultur und Sport	640
§ 33	Telekommunikation, Datenschutz und Datenwirtschaft	648
§ 34	Verbraucherschutz und Gesundheitswesen	656
§ 35	Umwelt	676
Teil D	Außenbeziehungen	700
§ 36	Grundlagen und Verfahren der Außenbeziehungen	700
§ 37	Gemeinsame Handelspolitik und Entwicklungspolitik	716
§ 38	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)	735
§ 39	Europäische Nachbarschaftsbeziehungen und Erweiterung der Union	746
Teil E	Perspektiven	758
§ 40	Ausblick	758
	Quellen- und Literaturhinweise	775
	Stichwortverzeichnis	779

Inhalt

Vorwort zur fünfzehnten Auflage 5

Abkürzungsverzeichnis 29

TEIL A GRUNDLAGEN

§ 1 Entwicklung und Theorie der Europäischen Integration 37

A. Überblick 37

B. Zum Entstehen der Europäischen Idee 39

I. Der Europagedanke und seine Verwirklichung bis 1914 39

II. Anstöße zur Einigung Europas nach 1914 39

C. Zur Entwicklung der Europäischen Union 41

I. Die Gründungsverträge und ihre Vertiefung 41

II. Die Entwicklung der EG-Verträge zur Verfassung der Europäischen Union 42

III. Die Europäische Union als Verfassungsordnung und der Vertrag von Lissabon 45

IV. Krisensteuerung in der „post-Lissabon Phase“ 47

V. Neuartige Formen der Integration (verstärkte Zusammenarbeit, „Schengen“, „Prüm“) 48

VI. Erweiterungen 49

VII. Die Union als internationaler Akteur 51

D. Integrationstheorien 51

I. Politikwissenschaft 51

II. Rechtswissenschaft 52

III. Ökonomie 53

IV. Geschichtswissenschaft und Soziologie 54

E. Zusammenfassung 54

F. Literatur 55

§ 2 Die Grundlagen der Union: Bürger und Staaten 57

A. Vorbemerkungen 57

B. Die Bürgerinnen und Bürger 58

I. Die Rechte der Bürger 59

1. Grundrechte 59

a) Grundlagen 59

b) Umfang und Reichweite des Grundrechtsschutzes 60

aa) Rechtsgrundlagen 60

bb) Die Grundrechte als allgemeine Rechtsgrundsätze 61

cc) Grundrechtsträger 62

dd) Grundrechtsadressaten 62

ee) Rang und Wirkungen 63

c) Verhältnis zur EMRK 63

2. Grundfreiheiten 64

Inhalt

3. Unionsbürgerschaft	65
a) Grundlagen	65
b) Begriff der Unionsbürgerschaft	66
c) Die Unionsbürgerrechte im Einzelnen	68
aa) Das allgemeine Recht auf Bewegungs- und Aufenthaltsfreiheit	68
bb) Das aktive und passive Wahlrecht bei Kommunalwahlen und Wahlen zum EP	70
cc) Recht auf diplomatischen und konsularischen Schutz	73
dd) Bürgerinitiativrecht	74
ee) Petitionsrecht zum EP	75
ff) Recht zur Anrufung von Einrichtungen der EU	76
gg) Recht zur Anrufung des Bürgerbeauftragten	76
II. Die Pflichten der Bürger	77
C. Die Mitgliedstaaten	78
I. Pflichten der Union: die Achtung der nationalen Identität der Mitgliedstaaten, der Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit und die Einbindung der nationalen Parlamente	80
1. Achtung der Mitgliedstaaten, insbesondere der nationalen Identität (Art. 4 Abs. 2 EUV)	80
2. Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit (Art. 4 Abs. 3 EUV)	83
3. Zur Rolle der nationalen Parlamente	84
II. Pflichten der Mitgliedstaaten	85
1. Pflicht zur loyalen Zusammenarbeit	86
2. Achtung fundamentaler Grundsätze durch die Mitgliedstaaten	87
3. Haftung der Mitgliedstaaten für Verstöße gegen Unionsrecht	91
III. Verfassungsrechtliche Grundlagen des Integrationsprozesses in den Mitgliedstaaten	95
1. Deutschland	95
2. Österreich	101
3. Zu den übrigen Mitgliedstaaten	102
D. Literatur	103
I. Grundrechte	103
II. Unionsbürgerschaft	103
III. Souveränität und Föderalismus	104
IV. „Homogenität“ in der EU, nationale Identität, Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit und Rolle der nationalen Parlamente	104
V. Staatshaftung	105
VI. Verfassungsrechtliche Grundlagen des Integrationsprozesses in den Mitgliedstaaten	105
§ 3 Strukturprinzipien der EU-Verfassung	107
A. Verfassungsqualität – Verfassungsgrundlagen	107
B. Ziele	110
C. Wirtschafts- und Sozialverfassung	111
D. Die Wertordnung der Union	113
I. Grundlagen	113
II. Das Demokratieprinzip	115

Inhalt

III. Das Rechtsstaatsprinzip	117
IV. Solidarität	118
E. Die Aufteilung der Zuständigkeiten	120
I. Grundsätze	120
II. Gesetzgebung und Außenbeziehungen	121
III. Modalitäten der Zuständigkeitsausübung	123
F. Das Verhältnis zwischen dem Recht der EU und dem Recht der Mitgliedstaaten	125
G. Zugehörigkeit zur Union (Beitritt und Ausscheiden)	130
H. Einheit und Differenzierung	131
I. Rechtspersönlichkeit	133
J. Territorialer Geltungsbereich des Rechts der Union	134
K. Symbole der Union	135
L. Zusammenfassung	136
M. Literatur	137
§ 4 Institutionelles System	139
A. Grundlagen	139
I. Quellen und Terminologie	139
II. Die besonderen Merkmale des institutionellen Systems der EU	139
1. Grundzüge	139
2. Prinzipien der Zusammensetzung	140
a) Auswahl der Mitglieder	140
b) Größe der Organe	141
3. Befugnisse der Organe	141
a) Grundlagen	141
b) Schranken	142
4. Pflichten der Organe	143
a) Wahrung der Funktionsfähigkeit (Identität und Kooperation)	143
b) Effiziente Erfüllung der Aufgaben	144
c) „Institutionelles Gleichgewicht“	144
III. Organhandeln im Rahmen besonderer Zuständigkeiten	145
1. Verstärkte Zusammenarbeit	145
2. Sonstiges Organhandeln außerhalb der vertraglichen Befugnisse	145
B. Die institutionelle Struktur	145
I. Die Hauptorgane	145
1. Europäisches Parlament (EP)	145
a) Vorbemerkung	145
b) Aufgaben	146
aa) Überblick	146
bb) Beratungsbefugnis	146
cc) Rechtsetzung	146
dd) Kontrolle	147
ee) Ernennungen/ Wahlrechte	148
ff) (Mit-)Gestaltung der EU-Außenbeziehungen	149
gg) Repräsentativfunktion	149
c) Zusammensetzung	150

d)	Organisation und Arbeitsweise	152
aa)	Selbstorganisationsrecht	152
bb)	Statut der Abgeordneten	152
cc)	Ausschüsse	152
dd)	Fraktionen und Europäische Parteien	153
e)	Interparlamentarische Beziehungen	155
aa)	Parlamente der Mitgliedstaaten	155
bb)	Parlamente von Drittstaaten	155
f)	Verwaltung	156
2.	Europäischer Rat	156
a)	Einleitung	156
b)	Zusammensetzung und Verfahren	156
c)	Aufgaben	157
3.	Rat	158
a)	Aufgaben	158
aa)	Rechtsetzung	158
bb)	Initiativrecht	158
cc)	Exekutivaufgaben	158
dd)	Ernennungen	159
ee)	Kontrolle	159
ff)	Rückkopplungsfunktion	160
b)	Zusammensetzung	161
c)	Organisation und Arbeitsweise	161
aa)	Geschäftsordnung/Interne Organisation	161
bb)	Abstimmungsgrundsätze	162
cc)	Ausschuss der Ständigen Vertreter; Politisches Komitee, Koordinierungsausschuss	164
d)	Der Hohe Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik	165
e)	Im Rat vereinigte Vertreter der Mitgliedstaaten	165
f)	Entscheidungsorgane in Verträgen mit Drittstaaten	165
4.	Kommission	166
a)	Vorbemerkung	166
b)	Aufgaben	166
aa)	Initiativrecht	166
bb)	Rechtsetzung	167
cc)	Rechtsanwendung und Verwaltungstätigkeit	167
dd)	Kontrolle der Einhaltung des EU-Rechts	168
c)	Zusammensetzung	169
d)	Organisation und Arbeitsweise	170
aa)	Selbstorganisationsrecht	170
bb)	Willensbildung	171
5.	Europäischer Gerichtshof, Gericht, Fachgerichte	171
a)	Einleitung	171
b)	Zuständigkeiten des EuGH	172
aa)	Streitigkeiten zwischen den Mitgliedstaaten	172
bb)	Streitigkeiten zwischen EU und Mitgliedstaaten	172

Inhalt

cc)	Streitigkeiten zwischen den Organen und sonstigen Einrichtungen	172
dd)	Streitigkeiten zwischen Einzelnen und der EU	173
ee)	Vorabentscheidungen	173
ff)	Entscheidungen über Rechtsmittel	173
gg)	Sonstige Zuständigkeiten und Aufgaben	173
c)	Zusammensetzung des EuGH, des Gerichts und der Fachgerichte	174
aa)	EuGH	174
bb)	Gericht	174
cc)	Fachgerichte	174
d)	Arbeitsweise	175
aa)	EuGH	175
bb)	Gericht und Fachgerichte	175
6.	Europäische Zentralbank (EZB), Eurosystem, Europäisches System der Zentralbanken (ESZB)	176
a)	Aufgaben	176
b)	Zusammensetzung, Organisation	176
7.	Rechnungshof	177
a)	Aufgaben	177
b)	Zusammensetzung, Arbeitsweise	178
II.	Die Nebenorgane	178
1.	Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA)	178
a)	Zuständigkeiten	178
b)	Zusammensetzung, Organisation	178
2.	Ausschuss der Regionen (AdR)	179
a)	Zuständigkeiten	179
b)	Zusammensetzung, Organisation	179
III.	Einrichtungen mit besonderen Aufgaben	180
1.	Europäische Investitionsbank, Europäischer Investitionsfonds	180
a)	Zuständigkeiten	180
b)	Organisation	181
2.	Bürgerbeauftragter, Datenschutzbeauftragter und Europäische Staatsanwaltschaft	181
3.	Ausgegliederte Dienststellen der Organe	182
4.	Vertraglich vorgesehene angegliederte juristische Personen	183
5.	Sekundärrechtlich begründete selbstständige juristische Personen, Agenturen	183
6.	Beratungs- und Hilfeinrichtungen der Kommission (Ausschüsse)	185
a)	Beratende Ausschüsse	185
b)	Kontrollierende Ausschüsse	185
7.	Mit der Union verbundene gemeinsame Einrichtungen	186
IV.	Statut der Mitglieder und Bediensteten, Arbeitsorte, Sprachen	186
1.	Statut der Mitglieder und Bediensteten	186
2.	Arbeitsorte	187
3.	Sprachen	188
C. Literatur		189
I.	Institutionen allgemein	189
II.	Europäisches Parlament, Europäische Parteien, staatliche Parlamente	189

Inhalt

III. Rat / Europäischer Rat	190
IV. Kommission	190
V. Gerichtshof / Gericht	190
VI. Kontrolleinrichtungen (Rechnungshof, Bürgerbeauftragter, Datenschutzbeauftragter)	190
VII. EWSA, Ausschuss der Regionen	191
VIII. EZB, Europäische Investitionsbank	191
IX. Sonstige Einrichtungen, Agenturen, Einzelfragen des Organisationsrechts	191
§ 5 Finanzverfassung	192
A. Einleitung	192
I. Haushalte 2021 und 2022	193
II. Rechtsgrundlagen	195
B. Haushaltsplan und mehrjähriger Finanzrahmen	195
I. Überblick	195
II. Haushaltsgrundsätze	197
1. Euro und Rechnungseinheit	197
2. Haushaltsprinzipien	197
C. Einnahmen	199
I. Beiträge	199
II. Eigenmittel	199
III. Anleihen	202
IV. Korrekturmechanismus	203
D. Ausgaben	204
E. Ausführung des Haushaltsplans	205
F. Betrugsbekämpfung	206
G. Haushaltskontrolle	206
H. Ausblick	207
I. Literatur	208
§ 6 Rechtsquellen	209
A. Grundlagen	209
B. System des Unionsrechts	211
I. Primäres Unionsrecht	211
1. Gründungsverträge und Änderungen	211
2. Beitritts- und Austrittsverträge	212
3. Sonstige Vorschriften	212
II. Vertragskonkurrenz	213
III. Ungeschriebenes Primärrecht	213
IV. Die Rechtshandlungen der Organe	216
1. Überblick	216
2. Verordnungen	217
3. Richtlinien	218
4. Beschlüsse	221
5. Empfehlungen und Stellungnahmen	222
6. Sonstige Rechtshandlungen	222

Inhalt

V. Rechtsakte der Gesamtheit der Mitgliedstaaten	224
1. Zuordnung	224
2. Akte der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten	225
3. Übereinkommen europäischen Charakters	226
VI. Normenhierarchie	226
C. Wirkung des Unionsrechts	228
I. Überblick	228
II. Wirkung des Primärrechts	229
III. Wirkung des abgeleiteten Unionsrechts	230
IV. Die unmittelbare Wirkung im Verhältnis zwischen Privatpersonen („Drittwirkung“ des Unionsrechts)	232
D. Übergangsregelung für besondere Rechtsakte der GASP und der PIZS	234
E. Literatur	235
§ 7 Rechtsetzungsverfahren	236
A. Grundzüge	236
B. Rechtsetzung zur Ausführung der Verträge	237
I. Überblick	237
II. Rechtsgrundlage	237
III. Initiativrechte	238
IV. Anhörungen	239
1. Anhörungen des EP	239
2. Anhörung sonstiger Organe und Hilfsorgane	240
3. Anhörung der mitgliedstaatlichen Parlamente	240
4. Experten und staatliche Beamte, Sozialpartner	240
V. Beschlussfassung	240
1. Überblick	240
2. Ordentliches Gesetzgebungsverfahren	241
3. Besondere Verfahren	243
a) Überblick	243
b) Verfahren der Zustimmung	243
c) Besondere haushaltsrechtliche Verfahren	244
4. Verfahren im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik	245
5. Verfahren zum Erlass delegierter Rechtsakte und von Durchführungsrecht	245
a) Delegierte Rechtsakte	246
b) Durchführungsrecht	246
C. Allgemeine verfassungsrechtliche Verfahren	247
I. Vertragsänderung gemäß dem ordentlichen Verfahren (Art. 48 Abs. 2–5 EUV)	247
II. Vereinfachte Änderungsverfahren (Art. 48 Abs. 6, 7 EUV)	249
III. Beitritt neuer Mitgliedstaaten	249
D. Suspendierung von Mitgliedschaftsrechten, „Verstärkte Zusammenarbeit“, Austritt aus der Union (besondere verfassungsrechtliche Verfahren)	250
I. Suspendierung von Mitgliedschaftsrechten	250
II. Verstärkte Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten	251
III. Austritt	251

Inhalt

E. Form und Inkrafttreten von Rechtsakten	252
I. Normenqualität, Gesetzgebungstechnik	252
II. Begründung der Akte	253
III. Öffentlichkeit der Rechtsetzungsverfahren, Veröffentlichung und Inkrafttreten der Rechtsakte, zeitliche Wirkung	253
IV. Sprachen	254
V. Änderung oder Berichtigung der Rechtsakte	255
F. Ausblick	255
G. Literatur	255
§ 8 Rechtsanwendung und Europäisches Verwaltungsrecht	257
A. Grundlagen und Überblick	257
B. Direkter Vollzug	260
C. Indirekter Vollzug	262
D. Gemischter Vollzug	271
E. Literatur	272
§ 9 Rechtsschutzsystem	274
A. Grundlagen	274
B. Strukturmerkmale des Rechtsschutzes in der EU und der Rechtsprechung des EuGH	275
I. Zuständigkeiten, Charakteristika und Funktionen des EuGH	275
II. Bedeutung des EuGH für die Entwicklung des Unionsrechts	277
III. Die Rolle der staatlichen Gerichte	278
IV. Auslegung des Unionsrechts	279
1. Grundlagen	279
2. Auslegungsmethoden	281
a) Wortlaut	281
b) Historische Auslegung	282
c) Systematische Auslegung	282
d) Teleologische Auslegung	283
e) Präjudizien als Auslegungsgrundsätze	284
C. Verfahrensarten	284
I. Überblick	284
II. Vertragsverletzungsverfahren	285
1. Zulässigkeit	286
2. Begründetheit	289
3. Wirkungen des Urteils	290
4. Verhängung finanzieller Sanktionen	291
III. Nichtigkeitsklage	293
1. Zulässigkeit	293
a) Passivlegitimation	293
b) Klagegegenstand	294
c) Aktivlegitimation	295
aa) Organe und Mitgliedstaaten	295
bb) Natürliche und juristische Personen	295
d) Klagegründe und Frist	301
2. Begründetheit	302

Inhalt

3. Wirkungen des Urteils	302
IV. Untätigkeitsklage	303
1. Zulässigkeit	303
2. Begründetheit und Wirkungen des Urteils	305
V. Inzidentes Normenkontrollverfahren	305
VI. Schadensersatzklage	306
1. Zulässigkeit	306
2. Begründetheit	307
VII. Gutachten	311
VIII. Vorabentscheidungsverfahren	312
1. Zulässigkeit der Vorlage	314
a) Die vorlageberechtigten und -verpflichteten Spruchkörper	314
b) Gegenstand der Vorlage	317
c) Erforderlichkeit der Vorlage	320
2. Wirkung der Urteile des EuGH	323
D. Der Ablauf des Verfahrens vor dem EuGH und dem EuG – ein Überblick	324
E. Schlussbemerkung: der EuGH als Ort der strategischen Prozessführung?	328
F. Literatur	329
I. Auslegung	329
II. Rolle des EuGH	330
III. EuGH – Rechtsschutz und Verfahren allgemein	330
IV. Vorabentscheidungsverfahren	331
V. EuGH – Sonstige Verfahrensarten und -aspekte	331
VI. Verhältnis zu anderen internationalen Gerichtsbarkeiten	332
TEIL B GRUNDFREIHEITEN	
<hr/>	
§ 10 Allgemeine Prinzipien des Binnenmarkts und Diskriminierungsverbot aus Gründen der Staatsangehörigkeit	333
A. Grundlagen	333
B. Das Verbot der Diskriminierung aus Gründen der Staatsangehörigkeit	334
C. Allgemeine Prinzipien der Grundfreiheiten	340
I. Schutzbereich	340
1. Der grenzüberschreitende Bezug	340
2. Fehlende gesetzliche Regelung	342
II. Eingriff	343
III. Rechtfertigung	343
IV. Zur Konvergenz der Grundfreiheiten	346
D. Literatur	350
I. Diskriminierungsverbot aus Gründen der Staatsangehörigkeit	350
II. Dogmatik der Grundfreiheiten	350
§ 11 Freier Warenverkehr	352
A. Überblick	352
B. Anwendungsbereich der Vorschriften	353
C. Zollunion	355
I. Verbot von Zöllen und Abgaben gleicher Wirkung	355

Inhalt

II. Der Gemeinsame Zolltarif (GZT)	358
D. Das Verbot mengenmäßiger Ein- und Ausfuhrbeschränkungen und Maßnahmen gleicher Wirkung	359
I. Grundlagen	359
II. Einfuhrbeschränkungen und Maßnahmen gleicher Wirkung (Art. 34 AEUV)	361
1. Mengenmäßige Beschränkungen	361
2. Maßnahmen gleicher Wirkung	362
3. Rechtfertigung der Beschränkung	371
a) Rechtfertigungsgründe	372
b) Verhältnismäßigkeit	375
4. Prüfungsschema	380
III. Ausfuhrbeschränkungen und Maßnahmen gleicher Wirkung (Art. 35 AEUV)	380
E. Umformung staatlicher Handelsmonopole	382
F. Literatur	384
§ 12 Arbeitnehmerfreizügigkeit	385
A. Überblick	385
B. Anwendungsbereich der Arbeitnehmerfreizügigkeit	386
I. In persönlicher Hinsicht	386
II. In sachlicher Hinsicht	391
III. In räumlicher Hinsicht	392
C. Tragweite der Arbeitnehmerfreizügigkeit	392
I. Primärrechtliche Grundlagen	392
1. Tatbestand des Art. 45 AEUV	392
2. Rechtfertigung von Beschränkungen	396
a) Ausdrückliche Schranken	397
b) Ungeschriebene Schranken	399
II. Sekundärrechtliche Präzisierungen und Ausgestaltungen	400
D. Vom freien Personenverkehr zum europäischen Bürgerrecht	409
E. Literatur	409
I. Allgemeines	409
II. Soziale Sicherheit	410
§ 13 Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit	411
A. Überblick	411
B. Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit	411
I. Vertragliche Grundlagen	411
II. Inhalt der Niederlassungsfreiheit	412
III. Inhalt der Dienstleistungsfreiheit	415
IV. Stand der Marktöffnung	419
C. Literatur	422
§ 14 Freiheit des Kapital- und Zahlungsverkehrs	423
A. Grundlagen	423
B. Freier Kapitalverkehr	423
I. Die Regelung des AEUV	423

Inhalt

II. Der Stand der Verwirklichung der Kapitalverkehrsfreiheit	426
C. Freier Zahlungsverkehr	427
D. Schaffung eines europäischen Finanzraums	427
I. Wertpapier- und Börsenrecht	428
II. Bankrecht	429
III. Schutz der Verbraucher	430
IV. Versicherungen	430
E. Literatur	431

TEIL C POLITIKBEREICHE

§ 15 Wettbewerbspolitik	432
A. Grundlagen	432
B. Der Anwendungsbereich der Wettbewerbsregeln	433
I. Sachlicher Anwendungsbereich	433
1. Landwirtschaft	434
2. Verkehr	434
II. Territorialer Anwendungsbereich der EU-Wettbewerbsregeln	435
III. Das Verhältnis zwischen europäischem und nationalem Wettbewerbsrecht	436
C. Das Kartellverbot	437
I. Allgemeines	437
II. Verbotstatbestand (Art. 101 Abs. 1 AEUV)	438
1. Adressaten des Kartellverbots	438
2. Handlung	438
3. Wettbewerbsbeschränkung	440
4. Beeinträchtigung des Handels zwischen Mitgliedstaaten	441
5. Spürbarkeit	441
III. Rechtsfolgen des Kartellverbots (Art. 101 Abs. 2 AEUV)	442
IV. Freistellung vom Kartellverbot (Art. 101 Abs. 3 AEUV)	443
1. Voraussetzungen	443
2. Unmittelbare Anwendung	443
3. Gruppenweise Freistellung	444
D. Verbot des Missbrauchs einer marktbeherrschenden Stellung	444
I. Allgemeines	444
II. Tatbestand des Art. 102 AEUV	445
1. Begriff der beherrschenden Stellung	445
2. Relevanter Markt	446
3. Missbräuchliche Ausnutzung	447
4. Beeinträchtigung des Handels zwischen Mitgliedstaaten	448
III. Rechtsfolgen	449
E. Das Verfahren in Kartell- und Missbrauchsfällen	449
I. Verfahren bei der Kommission	449
II. Zusammenarbeit von Behörden und Gerichten	451
F. Fusionskontrolle	451
I. Allgemeines	451
II. Anwendungsbereich	452

Inhalt

III. Materieller Prüfungsmaßstab	453
IV. Fusionskontrollverfahren	455
G. Öffentliche Unternehmen und Unternehmen mit besonderen Rechten	456
H. Literatur	459
§ 16 Staatliche Beihilfen	460
A. Grundlagen	460
B. Das Beihilfeverbot	461
I. Begriff der Beihilfe	462
II. Wettbewerbsverfälschung	464
III. Beeinträchtigung des zwischenstaatlichen Handels	464
IV. Spürbarkeit	465
C. Ausnahmen vom Beihilfenverbot (Art. 107 Abs. 2 und 3 AEUV)	465
I. Die Legalausnahmen gemäß Art. 107 Abs. 2 AEUV	466
II. Die Ermessensausnahmen gemäß Art. 107 Abs. 3 AEUV	467
D. Verfahren bei der Überprüfung staatlicher Beihilfen	469
I. Überprüfung von Beihilfen und Beihilferegelungen	469
II. Gruppenfreistellungsverordnungen	472
E. Perspektiven	473
F. Literatur	473
§ 17 Angleichung der Rechtsordnungen	475
A. Grundlagen	475
B. Grundsätze und Ziele	476
I. Grundsätze der Rechtsangleichung	476
II. Ziele der Rechtsangleichung	478
C. Rechtsgrundlagen und Methoden	480
I. Handlungsermächtigungen der Union	480
1. Allgemeine Angleichungsermächtigungen (Art. 114–118 AEUV)	480
a) Allgemeine Angleichungsermächtigung für den Binnenmarkt (Art. 114 AEUV)	480
b) Auffangermächtigung (Art. 115 AEUV)	483
c) Beseitigung und Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen (Art. 116, 117 AEUV)	484
d) Schaffung von Rechtstiteln im Bereich des geistigen Eigentums (Art. 118 AEUV)	485
2. Sonstige Handlungsermächtigungen	485
II. Vertragsschlusskompetenz der Mitgliedstaaten	486
III. Methoden der Rechtsangleichung	486
D. Literatur	487
§ 18 Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen	489
A. Grundlagen	489
B. Die vertragliche Regelung	489
I. Sachlicher Anwendungsbereich der Zusammenarbeit	489
II. Instrumente und Verfahren, Rechtsschutz	490
C. Stand der Verwirklichung des europäischen Rechtsraums in Zivilsachen	491
D. Perspektiven	493

Inhalt

E. Literatur	493
§ 19 Strafrecht, polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen	494
A. Grundlagen	494
B. Entwicklung	495
C. Verwirklichung der Zusammenarbeit	496
I. Programme	496
II. Rechtsetzung	496
1. Durchsetzung des Rechts der EU und Schutz ihrer finanziellen Interessen	496
2. Gegenseitige Anerkennung und Angleichung des Strafrechts	497
III. Justizielle und polizeiliche Zusammenarbeit	500
1. Justizielle Zusammenarbeit (Eurojust, EUStA, Justizielles Netz)	500
2. Polizeiliche Zusammenarbeit	501
D. Perspektiven	503
E. Literatur	503
§ 20 Visa-, Asyl- und Einwanderungspolitik	504
A. Grundlagen	504
I. Überblick	504
II. Befugnisse	505
III. Sonderregelungen für Irland und Dänemark	506
B. Entwicklung	508
C. Zum Stand des Sekundärrechts	510
I. Grenzkontrollen	510
II. Einwanderung	515
III. Asylrecht	516
D. Das Recht der Union unter dem Eindruck der Flüchtlingskrise 2015	520
E. Literatur	521
§ 21 Gesellschafts- und Unternehmensrecht	523
A. Grundlagen	523
B. Angleichung des Gesellschaftsrechts in den Mitgliedstaaten	524
C. Einführung europäischer Gesellschaftsformen	525
I. Europäische wirtschaftliche Interessenvereinigung	526
II. Europäische Aktiengesellschaft	526
III. Die europäische Genossenschaft	527
IV. Weitere Gesellschaftsformen	527
D. Unternehmensstruktur und Mitbestimmung der Arbeitnehmer	527
E. Aktuelle Schwerpunkte	528
F. Literatur	529
§ 22 Steuerrecht	530
A. Grundlagen	530
B. Das Verbot steuerlicher Diskriminierung	531
I. Verbot diskriminierender innerstaatlicher Abgaben (Art. 110 AEUV)	531
1. Allgemeines	531
2. Tatbestände des Art. 110 AEUV	532

Inhalt

3. Verhältnis zu anderen Vorschriften des AEUV	534
II. Verbot überhöhter Rückvergütung inländischer Abgaben (Art. 111 und 112 AEUV)	534
C. Harmonisierung der indirekten Steuern	535
I. Allgemeines	535
II. Umsatzsteuern	535
III. Verbrauchsteuern	536
IV. Kapitalverkehrs- und Versicherungssteuern	536
D. Harmonisierung direkter Steuern	537
E. Zusammenarbeit der Finanzverwaltungen	538
F. Doppelbesteuerungsabkommen	539
G. EU-Steuern	539
H. Ausblick	539
I. Literatur	540
§ 23 Urheberrecht und Gewerblicher Rechtsschutz	541
A. Grundlagen	541
B. Stand der Harmonisierung	542
I. Patentrecht	542
II. Markenrecht, Musterrecht	543
III. Urheberrecht	544
C. Literatur	545
§ 24 Wirtschafts- und Währungsunion	547
A. Einführung	547
B. Allgemeine Wirtschaftspolitik	547
I. Begriff und vertragliche Grundlagen	547
II. Koordinierung der Wirtschaftspolitik im Rahmen der WWU	548
III. Einhaltung der Haushaltsdisziplin	550
IV. Gegenseitiger (finanzieller) Beistand	552
V. Außervertragliche Instrumente zur Finanzhilfe	553
C. Währungspolitik	554
I. Vorbemerkung	554
II. Vorgeschichte der Währungsunion	555
III. Rechtsgrundlagen	556
IV. Ausführung der Währungspolitik	558
D. Perspektiven	560
E. Literatur	561
§ 25 Sozialpolitik und Arbeitsrecht	562
A. Grundlagen	562
B. Sozialpolitik	563
I. Überblick	563
II. Rechtsgrundlagen	565
III. Stand der Sozialpolitik in der Union	567
1. Die sozialpolitischen Aktionsprogramme	567
2. Zum Stand des Sekundärrechts	569
a) Arbeitsrecht	569

Inhalt

b) Soziale Sicherheit	575
c) Arbeitssicherheit, Gesundheitsschutz	577
d) Bewertung	578
C. Gleichbehandlung von Mann und Frau	578
I. Der Grundsatz des gleichen Entgelts – Art. 157 Abs. 1 AEUV	578
II. Der allgemeine Rechtsgrundsatz der Gleichbehandlung von Mann und Frau	580
III. Konkretisierung und Erweiterung des Gebots der Gleichbehandlung durch Sekundärrecht	581
IV. Zu „positiven Maßnahmen“	583
D. Der Europäische Sozialfonds	584
E. Titel IX AEUV „Beschäftigung“	585
F. Fazit und Perspektiven	586
G. Literatur	587
I. Sozialrecht	587
II. Arbeitsrecht	587
III. Gleichstellung	588
IV. Beschäftigung	588
§ 26 Landwirtschafts- und Fischereipolitik	589
A. Grundlagen	589
B. Vertragliche Regelung	590
I. Überblick	590
II. Ziele, Mittel, Methoden	591
III. Marktordnungen	592
C. Anwendung des Vertrages im Bereich Landwirtschaft	593
I. Marktordnungspolitik	593
II. Preissysteme	594
III. Direkte Subventionen und Agrarstrukturpolitik	594
IV. Maßnahmen mit mehrfacher Zielsetzung	595
V. Zulässigkeit staatlicher Regelungen im Agrarbereich	596
D. Fischereipolitik	596
I. Grundlagen	596
II. Vertragsausführung	596
1. Bewirtschaftung der Ressourcen	596
2. Vermarktungs- und Strukturregeln	597
3. Außenbeziehungen	598
E. Probleme und Entwicklungstendenzen von Landwirtschafts- und Fischereipolitik	598
F. Literatur	599
§ 27 Verkehrspolitik und Transeuropäische Netze	600
A. Grundlagen, Befugnisse	600
B. Vertragsanwendung allgemein	602
C. Eisenbahnverkehr	603
D. Straßenverkehr	604
E. Binnenschifffahrt	605
F. Seeverkehr	607

Inhalt

G. Luftverkehr	608
H. Transeuropäische Netze	610
I. Ausblick	611
J. Literatur	612
§ 28 Energiepolitik	613
A. Grundlagen	613
B. Entwicklung	614
C. Verwirklichung einer EU-Energiepolitik	616
I. Allgemeine Orientierungen	616
II. Sektorielle Maßnahmen	617
1. Verbrauchseinsparung und erneuerbare Energiequellen	617
2. Marktöffnung für Kohlenwasserstoffe und Elektrizität	618
3. Versorgungssicherheit	619
4. Kernenergie	620
5. Zusammenarbeit der staatlichen Energieregulierungsbehörden	620
6. Internationale Zusammenarbeit	620
D. Literatur	621
§ 29 Industrie	623
A. Grundlagen	623
B. Entwicklung und Maßgaben der Vertragsanwendung	624
D. Literatur	627
§ 30 Struktur- und Kohäsionspolitik	628
A. Grundlagen und Befugnisse	628
B. Anwendung des Vertrages	630
C. Bewertung	634
D. Literatur	634
§ 31 Forschung, Technologie und Raumfahrt	635
A. Grundlagen, Zuständigkeiten	635
B. Vertragsanwendung	636
C. Literatur	639
§ 32 Bildung, Kultur und Sport	640
A. Grundlagen	640
B. Entwicklung	641
C. Vertragsanwendung auf dem Gebiet der Bildung	643
D. Vertragsanwendung auf dem Gebiet der Kultur	645
E. Sport	646
F. Literatur	647
§ 33 Telekommunikation, Datenschutz und Datenwirtschaft	648
A. Telekommunikation	648
I. Grundlagen	648
II. Stand der Telekommunikationspolitik	648
1. Elektronische Kommunikationsnetze und -dienste	649

Inhalt

2. Telekommunikationsgeräte	650
3. Ergänzende Maßnahmen	651
B. Europäischer Datenschutz, Datenwirtschaft	651
I. Grundlagen	651
II. Vertragsanwendung	652
1. Datenschutz-Grundverordnung	652
2. Bereichsspezifischer Datenschutz	653
3. Datenschutz bei den Organen und Einrichtungen der Union	654
4. Regulierung der Datenwirtschaft	654
C. Literatur	655
I. Telekommunikation	655
II. Datenschutz, Datenwirtschaft	655
§ 34 Verbraucherschutz und Gesundheitswesen	656
A. Verbraucherschutz	656
I. Grundlagen und Befugnisse	656
1. Rechtsgrundlagen	656
2. Begriffliches	657
3. Entwicklung	659
II. Stand der Verbraucherpolitik	659
1. Planung und finanzielle Unterstützung	659
2. Zum Stand des Sekundärrechts	660
III. Fazit	667
B. Gesundheitswesen	668
I. Grundlagen und Befugnisse	668
II. Durchführung der Gesundheitspolitik der Union	670
III. Fazit	673
C. Literatur	674
I. Verbraucherschutz	674
II. Gesundheitswesen	675
§ 35 Umwelt	676
A. Grundlagen, Befugnisse	676
I. Rechtsgrundlagen	676
II. Inhaltliche Vorgaben	678
III. Entwicklung	680
B. Zum Stand der Umweltpolitik	680
I. Die umweltpolitischen Aktionsprogramme	680
II. Zum Stand des Sekundärrechts	681
1. Allgemeine Regelungen	682
2. Medienschützendes Umweltrecht	685
3. Schutz vor bestimmten Tätigkeiten oder Stoffen	687
4. Bewirtschaftung und Umweltressourcen	688
5. Klimaschutz	689
C. Verbleibende Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten	691
I. Art. 114 Abs. 4–6 AEUV	692
II. Art. 193 AEUV	696
D. Herausforderungen der Umweltpolitik der Union	696

Inhalt

E. Literatur	698
---------------------	-----

TEIL D AUßENBEZIEHUNGEN

§ 36 Grundlagen und Verfahren der Außenbeziehungen	700
A. Grundzüge	700
B. Stellung der EU im Völkerrecht	702
I. Rechtsfähigkeit der EU	702
II. Beziehungen zu dritten Staaten und internationalen Organisationen – Rechtsgrundlagen	703
III. Völkerrechtliche Pflichten der EU	704
1. Allgemeines Völkerrecht	704
2. Bindungen der Union an Verträge der Mitgliedstaaten	705
C. Die Befugnisse zum Abschluss internationaler Verträge	706
I. Die Vertragsschlusskompetenz der Union	706
1. Umfang der Vertragsschlusskompetenz	706
2. Art der Vertragsschlusskompetenz	707
3. Vertragsschlussverfahren	708
a) Verfahren im EU-Bereich	708
b) Verfahren im EAG-Bereich	711
4. Gemischte Abkommen	711
II. Wirkungen der von der Union geschlossenen Verträge	713
D. Literatur	714
§ 37 Gemeinsame Handelspolitik und Entwicklungspolitik	716
A. Die gemeinsame Handelspolitik	716
I. Grundlagen	716
1. AEU-Vertrag	716
2. EAG-Vertrag	717
3. Leitlinien und Ziele der Gemeinsamen Handelspolitik	717
II. Umfang der gemeinsamen Handelspolitik	718
1. Gegenständlicher Umfang	718
2. Handelspolitische Befugnisse der Mitgliedstaaten	721
III. Instrumente der gemeinsamen Handelspolitik	721
1. Autonome Maßnahmen	721
2. Vertragliche Handelsbeziehungen	723
3. Koordinierung der mitgliedstaatlichen Instrumente	724
B. Assoziierung	725
I. Grundlagen	725
II. „Konstitutionelle“ Assoziierung	726
III. Assoziierung gemäß Art. 217 AEUV, 206 EAGV	726
IV. Ausgestaltung der Assoziierungsabkommen	726
C. Entwicklungspolitik	729
I. Grundlagen	729
II. Entwicklungsassoziiierungen und Kooperationsabkommen	730
1. Das AKP-Abkommen	730
2. Sonstige Assoziierungs- und Kooperationsabkommen	732

Inhalt

3. Globale Entwicklungspolitik	732
D. Ausblick	733
E. Literatur	733
I. Außenwirtschaftspolitik	733
II. Entwicklungspolitik	734
§ 38 Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)	735
A. Grundlagen	735
B. Gegenstand der „Außen- und Sicherheitspolitik“	738
C. Entwicklung	738
D. Vertragsanwendung	740
I. Modalitäten der GASP und institutionelle Regelungen	740
II. Geografische und sektorielle Aktionen	740
III. Restriktive Maßnahmen	742
IV. Abkommen mit Drittstaaten und internationalen Organisationen	742
V. Militärische Aktionen und Maßnahmen im Rahmen der SSZ	743
VI. Positionsbestimmung von EU und ihren Mitgliedstaaten in internationalen Organisationen und bei multilateralen Verhandlungen	744
E. Ausblick	744
F. Literatur	745
§ 39 Europäische Nachbarschaftsbeziehungen und Erweiterung der Union	746
A. Einführung	746
B. Erweiterungen und „Beitrittspartnerschaften“	748
C. Multilaterale Partnerschaften	749
I. Der Europäische Wirtschaftsraum	749
II. Europäischer Luftraum, Verkehrsgemeinschaft	750
III. Europäische Energiegemeinschaft	751
IV. „Mittelmeer-Partnerschaft“	751
D. Besondere bilaterale Beziehungen zu europäischen Staaten und zur Türkei	752
E. Europäische und internationale Organisationen	756
F. Literatur	757

TEIL E PERSPEKTIVEN

§ 40 Ausblick	758
A. Die Union als Entwicklungsprozess	758
B. Konkretisierung des Europäischen Verfassungsraums, Festigung des unionsspezifischen Wertsystems	762
I. Rechtsgemeinschaft als Wertgemeinschaft	762
II. Minderung vertragsinterner Widersprüche	764
III. Erprobung des Modells der „verstärkten Zusammenarbeit“	765
IV. Verbesserung des Systems der Vertragsänderung	766
V. Neubestimmung des Konzepts der Erweiterung	766
C. Internationalisierung	767
D. Quo Vadis, Europa? – Die aktuelle Zukunftsaenda	769

Inhalt

E. Literatur	772
I. Zukunftsfragen im Kontext des Brexits	772
II. Renationalisierung und Integration	772
III. Handels- und Sicherheitspolitik	772
IV. Zukunft der Europäischen Union	772
Quellen- und Literaturhinweise	775
Stichwortverzeichnis	779